

Seifen
Kinderseife
Ldw.-Drog. Gebr. Heuz.
Otto Harr, Seifengesch.

Nagold, 19. Jan. 1925.

Zeitung
Anzeige

Wir freuen uns
Schmerzliche Nachrichten
unserer guten Mutter
und Großmutter

Eisenmann

schwerem Leiden uns durch
überleben

amalie Eisenmann.

findet am Dienstag
nachmittags 1 Uhr statt.

Notiz-Kalender
und Markt-Verzeichnis

Zaiser, Nagold.

Walzer
Extra
Das beste aller
Schuhputzmittel

Augsburg

Abreiß-Kalender
empfehlen
G. W. Zaiser
Nagold.

Verkaufe 1 Paar

Läuferchweine.
Echaible, Wart.
Eine junge, tüchtige

Zug-Ruh
gut geeignet, sowie einen
leichten

Preitschewagen
verkauft
Ed. Alink
Untertalheim.

Was haben wir
von Möttingen
zu halten?

Zu A 2.— vorräthig bei
G. W. Zaiser Nagold.

Verbreitete Zeitung im
Oberamtsbezirk. An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Preis
monatlich 4 L. 80
einzel. Tagesblätter,
Wochenblätter 1. Angehen.
Die einseitige Seite aus
gedruckter Schrift oder
beim Raum 18. 19. 20.
21. 22. 23. 24. 25. 26. 27.
28. 29. 30. 31. 32. 33. 34.
35. 36. 37. 38. 39. 40. 41.
42. 43. 44. 45. 46. 47. 48.
49. 50. 51. 52. 53. 54. 55.
56. 57. 58. 59. 60. 61. 62.
63. 64. 65. 66. 67. 68. 69.
70. 71. 72. 73. 74. 75. 76.
77. 78. 79. 80. 81. 82. 83.
84. 85. 86. 87. 88. 89. 90.
91. 92. 93. 94. 95. 96. 97.
98. 99. 100.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt mit illustrierter Sonntagsbeilage „Seierstunden“

Nr. 15 Begründer 1826. Dienstag den 20. Januar 1925 Fernsprecher Nr. 29. 99. Jahrgang

Tagespiegel

Im besetzten Gebiet sind neue französische, belgische und englische Truppen eingetroffen. Es sollen anscheinend keine Abzugsgruppen sein.

König Saad von Ägypten mußte einen Erlaß unterzeichnen, durch den die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Das jetzige Parlament wird auf 23. März einberufen.

Reichskanzler Dr. Luther

Von Redaktionen pflegt man zu sagen, sie seien ein unbeschriebenes Blatt. Das gilt nicht von Dr. Luther. Im Gegenteil. Er hat bis heute schon viel geleistet, viel für die Stadt, deren Oberbürgermeister er gerade in der schwersten Zeit ihrer Heimatschutz war, und nicht minder viel für das Reich, dem er als Reichsernährungsminister und Reichsfinanzminister und letzteres just in dem Augenblick, wo es galt, unter unglücklichen Umständen seinen Währungsversuch auf dem festen Boden einer unangreifbaren neuen Währung zu stellen.

Dr. Luther ist kein Parlamentarier, genau so wie Dr. Cuno es auch nicht war. Das ist vielleicht im parlamentarischen Deutschland ein gewisser Nachteil, aber für ihn gereichte dieser Umstand zum Nutzen und uns, wie wir hoffen dürfen, zum Segen. Kein Parteimann hätte den verfahrenen Karren der Reichsregierung wieder ins rechte Geleise gebracht.

Dr. Luther hat noch einen andern Vorzug. Er ist seit der Revolution der neunten Kanzler — das ist viel für 8 Jahre —, aber er ist der erste Kommandeant, der ins Kanzler-Palais einzog. Gerade im Gemeindefeld hat er sich bewährt, wie selten ein Stadtvorstand. 1907—1913 war er Stadtrat in Nagold. Bereits mit 34 Jahren wählte man ihn zum Vorsitzenden des deutschen Städte-tages. Gerade in dieser Stellung war er, als die Städte mit der Ernährung ihrer Leute in größte Not gerieten, ihr bester und erfolgreichster Berater. Die Stadt Effen wählte ihn 1918 zu ihrem Oberbürgermeister.

Er hat es nicht bereuen müssen. Es kam das schreckliche Prüfungsjahr 1923. Als der am 11. Januar in Effen einrückende französische General den Oberbürgermeister an der Spitze des Rathhauses zu sprechen verlangte, ließ ihm bekanntlich Dr. Luther durch seinen Amtsdienster mitteilen: „Ich bin nur in meinem Amtsjahre zu sprechen.“ Und nach zweimaliger Wiederholung fügte sich der Franzose.

Einen solchen deutschen Reichskanzler brauchen wir heute mehr denn je: einen Mann von nationalem Rückgrat gegenüber dem übermühten Gegner, der mit deutscher Ehre und deutschem Recht — man denke an die Nichträumung des Kölner Gebiets — sein freudvolles Spiel zu treiben mag.

Aufrecht ist Dr. Luther, aber auch von rücksichtsloser Lastrast. Es war eine Herkulesleistung, in die zerrütteten deutschen Finanzen Ordnung zu bringen. Dr. Luther griff den Heiligerischen Gedanken mit dem ihm eigenen untrüglichen Instinkt als das einzige Rettungsmittel auf. Ihn durchzusetzen war eine noch schwerere Sache. Die Wiederherstellung der Währung forderte ungeheure Opfer, härtesten Abbau, größte Sparlichkeit. Aber Dr. Luther schlug den von ihm als richtig erkannten Weg ein, auch wenn er durch Dornen und Dornen ging.

Alles dies berechtigt uns, zu unserem neuen Reichskanzler mit Vertrauen aufzuschauen. Am 10. März 1879 im alten Berlin geboren, steht er gerade in den besten Mannesjahren. Wohl ist das Kabinett, das er zusammenbrachte, kein Ideal. Jede Partei wird an ihm etwas auszufehen haben. Gleichwohl, wir haben doch wieder eine handlungsfähige Regierung unter einem zielbewußten Führer. W. H.

Außenhandelswerbung

Ueber Handelspolitik und Außenhandelswerbung pflegen sich heute im Deutschen Reich nicht allzu viele Menschen den Kopf zu zerbrechen. Da sind nur die eigentlichen Ausführungsinteressen, die Leiter von Wirtschaftverbänden, die wissenschaftlichen und journalistischen Fachkreise, die sich wirklich ernsthaft und eingehend mit diesen Dingen beschäftigen. Die große Masse des Volks kümmert sich leider wenig um die Vorgänge, die heute mit dem Abschluß unserer neuen Handelsverträge in einen gegen bisher völlig veränderten Stand eingetreten sind. Was den Verbraucher heute bewegt, ist die Frage des Preisabfalls; was den Erzeuger vor allem interessiert, ist die Kreditfrage und die Steuerreform. So allseits kommen noch die politischen Ereignisse hinzu. So haben denn die Handelsvertragsabschlüsse und die ihnen vorausgegangenen Verhandlungen im allgemeinen nicht viel Beachtung beim großen Publikum gefunden. Das dürfte sich aber bald ändern, wenn erst einmal die Auswirkungen der neuen Handelspolitik sichtbar werden.

Wir wollen möglichst viel von unseren Qualitätswaren ins Ausland verkaufen, damit selbst unter der heutigen Vor-

Neue Nachrichten

Der Handelsvertrag
Berlin, 19. Januar. Nach dem „Petit Parisien“ wird der französische Vorkontrakt in Berlin alsbald den Reichskanzler Dr. Luther belegen, um wegen des Handelsvertrags Schritte zu unternehmen. Ueber die Räumung und die Entwaffnung soll nicht verhandelt werden.

Das Urteil gegen die württembergischen Kommunisten
Leipzig, 19. Jan. Der Sächsischen Senat des Staatsgerichtshof verurteilte Marchall zu fünf Jahren Zuchthaus, zusammen mit einer früher verhängten Gefängnisstrafe von 2½ Jahren zu insgesamt 6½ Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe; Rathis zu 2½ Jahren Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe; Ummenhöfer zu 1½ Jahren Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe; Zwister, Jäger, Weingold, Wittmann, Beder und Braun zu je 1½ Jahren Gefängnis, Reit, Gerni und Wagner zu 1 Jahr, Fischer zu 8 Monaten Gefängnis und die Verurteilten zu je 100 Mark Geldstrafe. Frau Stern wurde freigesprochen. Bei sämtlichen Verurteilten gelten 4—8 Monate und die Geldstrafen durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Der Landtag in Braunschweig hat die von den Kommunisten beantragte Haftentlassung des wegen Landesverrats zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilten Abgeordneten Gmeiner abgelehnt.

Kronprinz Rupprecht und Ludendorff
München, 19. Januar. Es verlautet, daß der Versuch, den Zwist zwischen Kronprinz Rupprecht und General Ludendorff zu beilegen, gescheitert ist.

Erzbischof Koch gegen Herriot
Straßburg, 19. Januar. In einer Versammlung in Nancy sagte Erzbischof Koch von Straßburg, 47 Jahre

lang haben die religiösen Verbände im Elsaß die Liebe zu Frankreich gepflegt und die Elsaß-Lothringer haben treu zu Frankreich gehalten. Seit 6 Monaten habe aber der Hoff der religiösen Verbände die religiöse Bewusstheit des Landes in Verwirrung gebracht, und man scheue sich nicht, den Elsaß-Lothringern zu sagen, sie sollen sich ihre Freiheit in Berlin holen. Die Verleumdung forderte zum Widerstand gegen die kirchenfeindliche Regierung Herriots auf.

Logan soll beschuldigen
Paris, 19. Jan. Der amerikanische „Beobachter“ in der Entschädigungskommission, Oberst Logan, wird in den nächsten Tagen nach Washington abreisen. Er soll, wie verlautet, die beantragte öffentliche Meinung beschuldigen, daß die Vereinigten Staaten das Pariser Protokoll verpflichtet worden seien, gegebenenfalls sich an Gemaltnahmen gegen Deutschland zu beteiligen. — Der frühere amerikanische Vorkontrakt in London, Harven, schreibt in der „Washington Post“, Coolidge sei auf der Finanzministerkonferenz von den ränkevollen Diplomaten Europas heringelegt worden; er (Harven) werde den Kampf für die Freiheit Amerikas von Europa aufnehmen.

In Paris macht man darauf aufmerksam, daß für Berlin noch immer kein amerikanischer Vorkontrakt ernannt sei, während der erledigte Posten in London sofort besetzt werden soll. Diese auffallende Tatsache siehe zweifellos mit der durch das Pariser Protokoll geschaffenen neuen Lage im Zusammenhang, die man in Washington erst klären wollte, zhe man den Vorkontrakt erneuert. Der neue Vorkontrakt müsse sich für mindestens drei Jahre verpflichten, da der Damesplan erst nach zwei Jahren voll in Kraft trete. Senator Carmick habe den Posten abgelehnt.

Senator Johnson hat im amerikanischen Senat die Veröffentlichung des Vorkontrakt des Protokolls der Finanzministerkonferenz beantragt.

Abblockade des französischen Einfuhrs
Paris, 19. Jan. Bei den Nachwahlen in den Bezirken Loire-Chère und Niederelbe (Kanton Sulz im Elsaß) wurden statt der bisherigen Vertreter des Eintrahls Kandidaten des Rechtsblocks gewählt.

In einer sozialistischen Versammlung des Seine-Bezirks wurde ausgeführt, das Zusammengehen der Sozialisten mit den Radikalsozialisten (Richtung Herriots, gleichbedeutend mit bürgerlicher Eintrahlsblock) in der Kammer habe den Sozialisten wenig Vorteile, aber manche Enttäuschungen gebracht. Allerdings bleibe nichts anderes übrig, als die Unterstützung des Kabinetts Herriot fortzusetzen, da man sonst mit dem Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialisten rechnen müßte. Bei den Gemeindevahlen sollen die Sozialisten die Radikalsozialisten nicht mehr unterstützen, sondern überall eigene Bewerber aufstellen, da die Wähler sonst ins kommunistische Lager übergehen würden.

Unangenehme Wahrheiten
Paris, 19. Jan. Der Vorsitzende des Rats der bolschewistischen Volkskommission in Moskau, Krentow, sagte in einer Rede, Frankreich habe keine Milliarden vor dem Krieg der Jarentregierung nicht aus Liebe zum russischen Volk geborgt, sondern um eine sichere Hilfe im Krieg gegen Deutschland zu haben. Die Schulden Russlands an Frankreich seien also genau so anzusehen, wie die Schulden Frankreichs an England und Amerika, die Frankreich auch nicht bezahlen wolle. Der französische Vorkontrakt Herriot habe bei der Sommetregierung gegen die Rede wieder Einspruch erhoben.

Die Geheimnistuerei des Vorkontrakt
London, 19. Jan. Dem „Daily Telegraph“ zufolge hat der Pariser Vorkontrakt in geheimen Beratungen sich mit der deutschen Einspruchnote gegen die Räumungsverweigerung beschäftigt, während der amtliche Bericht behauptete, es habe sich um die Grenzfestlegung in Albanien gehandelt. Die „Anklagen“ des Berichts der Ueberwachungskommission seien in langen Auseinandersetzungen behandelt worden. Man sei immer noch nicht darüber einig geworden, ob der deutschen Reichsregierung der ganze Bericht oder nur ausgewählte Stellen vorgelegt werden sollen. (Abal)

Der deutsche Schiffsahrtswettbewerb
London, 19. Januar. Der „Daily Telegraph“ weißt darauf hin, daß der deutsche Schiffbau von der Regierung bis zu 50 Prozent durch Vorkontrakt unterstützt werden solle. Ohne Zweifel werde man einen scharfen Wettbewerb Deutschlands in der Handelschiffahrt zu erwarten haben.

Friher Anklagsversuch gegen britische Kriegsschiffe
London, 19. Januar. In London wurden fünf Mitglieder der radikalen Partei Islands, Rämer und Frauen, verhaftet, die des Anklags beschuldigt werden, englische Kriegsschiffe und Landboote zu sprengen. In den Plan sollen auch Beamte des Britischen Marineamts im englischen Hafen Portsmouth und auf den Werften verwickelt sein. Auf allen Werften wurden Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Verhaftungen in Pechin

London, 19. Januar. Aus Teheran wird berichtet: Der persische Minister des Innern, General Ameratfar, sei verhaftet worden. Er wird beschuldigt, mit Agenten der Moskauer Sowjetregierung in Verbindung gestanden zu haben. Etwa 30 weitere Verhaftungen werden folgen, darunter auch diejenige eines andern Robineitsmitglieds.

Landtagswahlen in Lippe-Deimold

Deimold, 19. Jan. Bei den gestrigen Wahlen erhielten die Sozialdemokraten rund 28 300 Stimmen und 8 Sitze (bisher 8), die Deutschnationalen 20 000 Stimmen und 6 (5) Sitze, Deutsche Volkspartei 12 000 Stimmen und 3 (4) Sitze, ebenso das Zentrum, der Christliche Gewerksverein, Wirtschaftsvereinigung der Sparer, Demokraten und Kommunisten je 1 Sitz (bisher 1, 0, 2 und 1). Das Ergebnis von Begma steht noch aus. — Auch die gleichzeitigen Gemeindevahlen haben in allen Fällen eine bürgerliche Mehrheit gebracht.

Deutscher Reichstag

Die Regierungserklärung

Berlin, 19. Januar. 8. Sitzung. Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt, die Diplomatenloge ist dicht besetzt.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 6.20 Uhr. Um 6.25 Uhr tritt der Reichskanzler mit dem neuen Kabinett den Saal.

Reichskanzler Dr. Luther erhält sofort das Wort und wird von den Kommunisten mit minutenlangen Anmerkungen empfangen. Der Reichskanzler stellt zunächst die Mitglieder seines Kabinetts vor und erklärt: Das Reichswehrministerium ist vorläufig noch unbesetzt. Der Justizminister ist gleichzeitig Minister für die besetzten Gebiete. Dr. Luther dankt dann dem scheidenden Kabinett, besonders dem Reichshausier Marx. Das Kabinett Marx habe einen bedeutungsvollen Beitrag zur Gesundung Deutschlands zurückerlegt. Die Politik der neuen Reichsregierung wird völlig auf sachliche Arbeit im Dienst des deutschen Volkes eingestellt sein. Die Regierung wird sich dabei nach Möglichkeit von Parteipolitik fernhalten. Sie wird sich bemühen, im wesentlichen Zusammenhang mit dem Volksganzen zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstag nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsdienlicher Gesinnung proklamieren wollen, damit die schweren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage bewirkt werden. Dazu ist notwendig, daß eine Reichsregierung gebildet werde, die, wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich grundsätzlich auf eine Mehrheit des Reichstags stützt.

Für mich war bei der Kabinettsbildung in erster Linie der Wille maßgebend, zu verhindern, daß aus der Regierung eine Staatsstreich würde. Das ist auch der Wille meiner Kollegen im Kabinett. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919. Jeden Versuch, ihre Abänderung auf gewaltsame oder sonst ungesetzliche Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Anstand abwehren und verfolgen. Im übrigen wird sie es sich angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unter Staatswesen mehr als bisher innerlich gefestigt. Nachprüfungen haben wir auch die Regelung der Beziehungen des Reichs zu den Ländern. Ihr Eigenleben soll gesichert und auch in der Handhabung der Reichsregierung sorgfältig beobachtet werden. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wachsamkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens richten und die im Beamtenstand lebendigen Kräfte zu besonderer Hingebung an das Staatswesen zu fördern. Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtenstandes einzusetzen. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten.

Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung die Verwirklichung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen. Ihre Richtung wird auch für die neue Regierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt, die gemäß diesen Abmachungen erlassenen Reichsgesetze werden von uns sofort durchgeführt werden, wie wir die lokale Durchführung des Abkommens auch von unseren Vertragspartnern erwarten müssen. Die politische und die soziale Entspannung des deutschen Volks ist leider durch die Nichterfüllung der Wiener Zone sehr beeinträchtigt worden. Wir wiederholen die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Nichterfüllung. Die Nichterfüllung enthält einen offensichtlichen Widerspruch gegen den Geist und die Grundanschauungen, die im Londoner Abkommen lebendig geworden waren. Hinsichtlich der Begründung mit angeblichen Verletzungen Deutschlands in der Entlassungsfrage wiederholt die Reichsregierung das Verlangen an die Verbündeten, ihr das angeforderte Material in kürzester Frist mitzuteilen. Sie wird alle Kraft daran setzen, durch Verhandlungen die einseitige Klärung der Wiener Zone zu erzielen.

Zur künftigen Ausführung des Londoner Abkommens stellt die Reichsregierung mit Befriedigung fest, daß die Zusammenarbeit mit den ausländischen Verwaltungsteilen sich bisher in Sachlichkeit und ohne Reibungen vollzogen hat. Ich werde in voller Uebereinstimmung mit dem Kabinett mich bemühen, die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen zu sichern, mich aber auch mit allem Nachdruck bemühen, die sich als notwendig erweisenden Erleichterungen und Verbesserungen zu erreichen.

Die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund ist niedergelegt in der Denkschrift der früheren Reichsregierung und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes ergangen ist. Im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage wird die Regierung die Bemühungen fortsetzen, Deutschland von dem ungerechtfertigten Vorwurf des Verfalls des Vertrages über seine Schuld am Krieg zu befreien. Nachdem am 10. Januar die uns durch den Verfall der

trag auferlegten Fesseln der einseitigen Restriktionen gefallen sind, wird die Reichsregierung sich bei den Handelsvertragsverhandlungen gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit beschränken.

Auf innerwirtschaftlichem Gebiet wollen wir dazu beitragen, daß alle schaffenden Kräfte des Volks zu höchster Leistungsfähigkeit entfaltet werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf deutscher Scholle, die Stärkung der inneren Kaufkraft sind das Ziel. Die Beseitigung aller Anzeichen und die breite Masse der Verbraucher belassenden Verteuerungen wird auch die neue Regierung weiter erstreben. Die Gesetzentwürfe zum Ausbau der sozialen Versicherungen sollen baldmöglichst dem Reichstag zugeleitet werden. Dazu gehört auch ein Gesetzentwurf zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung will weiter baldmöglichst einen Arbeitsgerichtsgesetzentwurf den gesetzlichen Anforderungen unterbreiten. Die augenblickliche Arbeitslosigkeit stellt ein nur durch die besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Notrecht dar und die aus ihr erwachsenden politischen Härten müssen so schnell beseitigt werden, als es die Besserung der Wirtschaftslage zuläßt. In der Lohn- und Gehaltsentwicklung sollen Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage auch der Arbeiterschaft zugute kommen. Die Inhaberechnung soll verbessert werden. Den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wird die Regierung fördern, soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist. Dabei wird sie sorgfältig die wirtschaftlich Schwachen und die kinderreichen Familien berücksichtigen, und nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung freierwerbender Räume vorsehen.

Zur Aufwertung werden dem Reichstag in kürzester Frist geeignete Vorschläge unterbreitet werden, die endgültig Rechte schaffen sollen. Dabei soll in vollem Verständnis für die Notlage insbesondere der alten Sparer in Ergänzung der 3. Steuernotverordnung im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden. Weiter sind Gesetze vorbereitet, die eine systematisch einheitliche, wirtschaftlich wichtige, sozial gerechte Besteuerung in klarer einfacher Form herbeiführen sollen.

Die steuerliche Belastung des deutschen Volkes wird zwar immer außerordentlich hoch bleiben, die Steuern dürfen aber nicht so drückend sein, daß sie die Wirtschaft lähmen oder der arbeitenden Bevölkerung eine nicht tragbare Belastung auferlegen.

Infolge der heillosen Grundlage erwachsene Kultur muß verfiert und ihre Güter müssen in möglichstem Umfang auch den nicht Bemittelten zugänglich gemacht werden. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hofft die Reichsregierung, ein seit langem vorbereitetes Reichshausgesetz dem Reichstag demnächst vorlegen zu können. Die Verabschiedung des bereits vorliegenden Haushaltsplanes wird erst möglich sein nach der gesetgeberischen Beantwortung verschiedener Vorfragen, wie die Aufwertung, Finanzausgleich und Steuererleichterung.

Die Rede des Kanzlers wurde andauernd von stürmischen Zurufen der Kommunisten unterbrochen. Der Kanzler schloß unter dem lebhaftesten Beifall der Regierungsparteien, darauf verlas er das Haus die Bepfändung der Regierungserklärung auf Dienstag 12 Uhr mittags, Schlag 7 Uhr.

Württemberg

Stuttgart, 19. Jan. Vom Landtag. Im Finanzausgleich wurde von der Regierung Aufschlag über das Lohndruck Schussentwurf gegeben. Der verhältnismäßig kleine Gewinn von 10 000 Mark erklärte sich mit Anschaffungen und Abschreibungen. Der Lohndruckabsatz werde besonders Interesse gewidmet. Bei Kapitel 91 (Berg- und Hüttenwerke) erklärte der Finanzminister, es sei eine Besserung des Geschäftsganges zu verzeichnen. Das Ziel liege in einer möglichen Erneuerung der Werke. In den letzten Jahren seien 3 150 000 Mark aufgewendet worden. Bei Kapitel 92 (Solinen) und Kapitel 93 (Wildbad) wurde Erfüllung der Wünsche zugesagt. Seitens des Staats werde alles zum Schutze der Quellen geschehen. Zu Kapitel 94 (Münze) wurde mitgeteilt, daß die Stuttgarter Münze voll beschäftigt sei. Durch rechtzeitige Beschaffung aller Prägemaschinen habe sie die ihr vom Reich überwiesenen Aufträge am raschesten von allen Münzen erledigen können. Die Münze bewerbe sich auch um Prägaufträge außerdeutscher Staaten. Von dem ersten Ueberdruck im laufenden Jahr von 310 000 Mark sollen 300 000 Mark zur Stärkung des Betriebsvermögens verwendet werden. Es folgt Kapitel 95 (Staatslotterien), Kapitel 96 (Staatslotterie) schließt ohne Ergebnis für die Staatskasse ab. Bei Kapitel 97 (Verschiedenes) trägt ein Zentrumsredner nach der Aufwertung der Ausbildungsstellen für Lehrer und Beamte. Nach Auskunft des Finanzministers werden die Schulstellen vorerst gesichert oder nachgelassen. Sodann wurde ein gemeinsamer Antrag aller Parteien angenommen, wonach dem Reich für die ihm übergebene Würt. Post wertvolle Ausgleichung mit angemessener Verzinsung der Schuld zu leisten ist.

Der Deutsche Eigenheim-Verein, Gemeinschaft der Freunde, wird am 23. Januar im Gasthof Slegel-Haus einen Vortrag über sein gemeinnütziges Werk vorankünden. In knapp einem halben Jahr sind bei dem Verein für rund 25 Mill. Goldmark Bauparverträge abgeschlossen worden. In diesem Jahre werden zunächst an Bauten finanziert ein solcher für den Volkstrawagenführer Kimmel in Heidenheim für 10 000 Mark, für den Warrer Dölter in Deilsau mit 12 000 Mark und für den Prediger Kübler in Herrzberg ebenfalls mit 12 000 Mark.

Aus dem Parteileben. Am Samstag hielt die Deutsche Volkspartei in Stuttgart eine gut besuchte Vertreterversammlung ab. Hofrat Bickes sprach über die politische Lage im Reich. Dr. Egelhaaf erläuterte den Landtagsbericht. Abg. Rath berichtete über Kommunalpolitik und Generalsekretär Dr. März über die Erfahrungen im Wahlkampf. In zwei Entschlüssen wurde der Reichstagsfraktion sowie der Landtagsfraktion Treue, Dank und Vertrauen bekundet sowie gegen den schändlichen Vertragsbruch des Verbands wegen der Nichterfüllung Kölns Einspruch erhoben.

Aus dem Lande

Wiesloch, 19. Jan. Eigenartiger Vorfall. Ein ausgespanntes Pferd lief in der Dunkelheit in der Mettergasse gegen den Bach und stürzte über die 1.50 Meter hohe Mauer in das Wasser, wobei es einen Fuß brach. Das Tier mußte erschossen werden.

Beilheim, 19. Jan. Jubiläum. Ein lustiges Jubiläum feierte am Sonntag der vielen Besuchern Besigheim bekannte Bewohner das am Süden der Stadt gelegenen großen Turms, Wilhelm Schach. Seit über dreißig Jahren versteht er sein „hohes“ Amt als Feuerwächter der Stadt und ist bei allen, die bei ihm die Aussicht über Stadt und Umgebung genießen, durch seinen urwüchsigen Humor wohl gelitten.

Heilbronn, 19. Jan. Zinszahlung für die Heilbronnener Schuldverschreibungen. Der Gemeinderat hat beschlossen, eine beschränkte Verzinsung für die im Rechnungsjahr 1924 fällig gewordenen Zinscheine der Stadt. Vorkriegsanleihen vorzunehmen. Allerdings sollen die Zinsen nur solchen Privatpersonen bezahlt werden, die die Zinsen für ihren Lebensunterhalt dringend benötigen, fernerhin den Wohltätigkeitsvereinen.

Dettingen u. Tef., 19. Januar. Ein Ausreißer. Von der Station Owen der sauste mit Schnellzugsgeschwindigkeit ein fährerloser, beladener Güterwagen. Von dort telephonisch benachrichtigt, gelang es dem Beamten der hiesigen Station, durch Weichenstellung den Ausreißer auf das Nebengleis zu bringen und so einer großen Gefahr für den fälligen Personenzug zu begegnen. Der Wagen stieß auf den Brellbock auf und wurde zertrümmert.

Offenhausen, 19. Jan. Vom Landgestüt. In Verbindung mit der Heinpferdepatenz wurde das Landgestüt einige im Land als Abfahrsitten angekauft und im Gestüt aufgelegene Kollbluthefte (Belgie) des Jahrgangs 1922 unter den Mitgliedern des Verbands der Würt. Pferdezuchtvereine für Kalblut und der verbandsangehörigen Vereine zur Versteigerung. Die Erlöse betragen 2500 Mark für den Hengst.

Ubingen, 19. Jan. Vereinigung ehemaliger Oligarenadiere. Die Vereinigung ehemaliger Oligarenadiere und die ihr angehörenden zahlreichen Bezirks- und Ortsgruppen hielt hier gestern vormittag in der Ratsstube unter dem Vorsitz von Oberstleutnant von Halbenwang eine zahlreich besuchte Vertreterversammlung ab, in der Herzog Philipp Albrecht herzliche Grüße des Ehrenpräsidenten der Vereinigung, des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg übermittelte.

Wetzlar, O. Oberndorf, 19. Jan. Tödlisch verunglückt. Das Fuhrwerk des Erhard Schmid, das von Alpirsbach heraufkam, kam vom Weg ab und zog fuhrmann und Pferde über eine Böschung hinab. Schmid kam unter den Wagen zu liegen. Er wurde tödlich verletzt. Auch eines der Pferde kam um.

Rottweil, 19. Jan. Verhafteter Einbrecher. In einer der letzten Nächte wurde in den Büroräumen der Güterstelle ein frecher Einbruch verübt. Dem Täter, der mehrere Fensterheben einschlug, fiel ein größerer Geldbetrag in die Hände. Der Polizei ist es nun gelungen, den Einbrecher festzunehmen. Er ist geständig, das Geld ist beigebracht.

Schramberg, 19. Jan. Verunglückte Wägelbeiförderung. Von einem Fuhrwerk, das neue Wägel von Haslach nach Haslach bringen sollte, rissen die Pferde beim Abfahren aus und konnten erst in Haslach gehalten werden. Auf dem Wagen befand sich nur noch eine alte Kiste, die Wägel lagen in Trümmern auf dem Weg verstreut.

Schwenningen, 19. Januar. Die Fälle Dittel und Wöffinger vor dem Gemeinderat. In der letzten Gemeinderatsversammlung erklärte Oberbürgermeister Braunnagel, daß die Gerüchte über Unterschlagungen des Direktors Dittel vom Elektrizitätswerk jeder Grundlage entbehren. Gegen die Verbreiter des Gerüchtes wird Strafentwurf gestellt. Zum Fall Wöffinger erklärte der Oberbürgermeister, daß die von Wöffinger veruntreuten Gelder sich auf 4855 Mark belaufen, die Wöffinger in der Hauptkassette für Genehmigung von Mietverträgen bei einzelnen hiesigen Firmen einlöserte. Der Stadt bleibe nichts anderes übrig, als diesen Betrag einzulagern.

Waller, 19. Januar. Schwere Schweine. Mühlebühler Vork in Mühlhausen schlachtete einen Eber mit dem Gewicht von 714 Pfund.

Enzhausen Orl. Saugan, 19. Jan. Unglücklicher Schicksal. Alons Weich von hier war mit dem Anlegen von Teilerdeisen für Anhang beschäftigt. Dabei entlief sich das Jagdgewehr und der Schrotschuß verletzte den Schützen nicht unbedeutlich am Kopf und Rechte des linken Kniees.

Eslingen, 19. Jan. Gefährlicher Gast. Der Polizei gelang es, einen gefährlichen Verbrecher, den 23jährigen Kellner Heinrich Schiffer von Gessertkirchen, der aus einer Strafanstalt entsprungen ist und sich hier unter falschem Namen eingemietet hatte zu verhaften. Der Verbrecher sprang bei der Festnahme aus dem ersten Stock auf die Straße, wurde aber bald eingeholt.

Höfingen, 19. Jan. Zuggefahr. Der von Ulm bis Stuttgart durchfahrende Schnellzug hielt auf hiesiger Station plötzlich still und fuhr dann langsam weiter. Die Ursache soll eine falsche Weichenstellung gewesen sein, die für den Zug hätte verhängnisvoll werden können.

Ubingen, 19. Jan. Messerheiden. Der 21jährige Robert Bauer von Waldenbuch wurde mit vier Stichwunden am Hals, Gesicht, Brust und Bauch in die chirurgische Klinik eingeliefert. Bauer gab auf Befragen keine Auskunft.

Sersheim Orl. Waihingen, 19. Jan. Einbruch. In der hiesigen Filiale des Konsumvereins Waihingen wurden bei einem Einbruch Waren, Stoffe und Lebensmittel im Wert von über 500 Mark entwendet. Alle Nachforschungen nach den Tätern waren bis jetzt erfolglos.

Ravensburg, 19. Jan. Vom Strom getötet. Bei dem Versuch, einen Schaden im Badofen abzustellen, wurde Bademeister Amann vom elektrischen Lichtstrom getötet.

Aus

Bescheid zum Joins...

Die Generalagold fand am 19. Januar in der hiesigen Gastwirtschaft des Herrn ... Die Generalagold fand am 19. Januar in der hiesigen Gastwirtschaft des Herrn ... Die Generalagold fand am 19. Januar in der hiesigen Gastwirtschaft des Herrn ...

Die Sonnen...

Die Sonnen... Die volle Ver...

Steuerpflicht...

Steuerpflicht... minister hat auf...

Preisauflage...

Preisauflage... Preisauflage...

Modemische...

Modemische... giebervorjamm...

Kleine M...

Kleine M... Jugpflicht...

Jugpflicht...

Jugpflicht... sich an dem...

Segelmannen...

Segelmannen... Segelmannen...

Segelmannen...

Segelmannen... Segelmannen...

Segelmannen...

Segelmannen... Segelmannen...



